

ÜBERSICHT

AUSSENPOLITIK

BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND

(1) **Filbinger in China**

Am 30. März 1977 traf der Baden-Württembergische Ministerpräsident Hans Filbinger zu einer knapp zweiwöchigen Chinareise in Peking ein, in deren Verlauf er für eine "wesentliche Verstärkung der politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Beziehungen zwischen Bonn und Peking" eintreten wollte.

Sein Reiseprogramm war auf Peking, Shanghai und die von Ausländern nur selten besuchte Provinz Yunnan ausgerichtet.

Nacheinander traf er mit dem Außenminister Huang Hua, mit dem Vizeminister für Außenhandel Chen Chieh und schließlich mit dem Politbüro-Mitglied und Stellvertretenden Vorsitzenden des Staatsrates, Li Hsien-nien, zusammen (NCNA 1. und 2.4.1977). Am 3. April wurde er vom Vorsitzenden Hua Kuo-feng empfangen, der, wie es bei Hsinhua (NCNA 3.4.77) heißt, "ein herzliches und freundschaftliches Gespräch mit den Gästen aus Westdeutschland führte".

Bei dem Gespräch mit Außenminister Huang Hua hatte dieser die Beendigung der deutschen Spaltung gefordert. Man müsse endlich Schluß machen mit der ewigen Spaltung Deutschlands. Bei einem Mittagessen warnte Huang Hua erneut vor der Sowjetunion als dem zur Zeit gefährlichsten Kriegsherde, der vor allem Westeuropa bedrohe.

Chen Chieh machte dem deutschen Gast klar, daß die Volksrepublik China nach wie vor nicht daran denke, im Ausland Kredite aufzunehmen. Die Investitionen würden Schritt für Schritt, je nach Kassenlage, finanziert. Zahlungsziele seien jedoch denkbar.

Hua Kuo-feng sprach mit Filbinger 1 1/2 Stunden lang. Hua erläuterte ausführlich die chinesischen Pläne, den Außenhandel mit befreundeten Ländern und, wie er sagte, besonders mit der Bundesrepublik auszubauen. Die Steigerung des Außenhandels sei Bestandteil des neuen Wirtschaftsprogramms. U.a. machte Hua in einem längeren Monolog die "Viererbände" nicht nur für die wirtschaftliche Misere des eigenen Landes, sondern auch für die Vernachlässigung des Außenhandels verantwortlich. Die Aufgabe der neuen Führung sei es, die früheren Fehleinschätzungen zu korrigieren (Bericht der FAZ aus Peking, 5.4.1977).

Über Stilfragen des Filbinger-Besuchs äußerte sich ausführlich der Spiegel (18.4.1977 S.120-122): Die chinesischen Begleiter fanden, daß die Photographiererei (Filbingers) mit dem angeblich landwirtschaftlichen Interesse, das Filbinger für die Provinzreise geltend gemacht hatte, "aber wirklich nichts mehr zu tun" haben könne, und richtig brummig wurde die Eskorte, als Filbinger auch noch Bonbons an Kinder verteilen ließ: "Das hätten Sie", rügten die Funktionäre, "nicht tun sollen. Früher haben immer die Imperialisten Bonbons verteilt und damit die Ehre des chinesischen Volkes untergraben."

Wenigstens fünf in Süddeutschland erscheinende Zeitungen sind in Zusammenhang mit dem Filbinger-

Besuch auf einen Aprilscherz hereingefallen. Sie übernahmen eine von der Pressestelle des Staatsministeriums in Stuttgart verbreitete Mitteilung mit der Überschrift "Filbinger schwamm mit Hua im YangtzeKiang". Filbinger habe vor Hunderten begeisterter Chinesen mit dem chinesischen Parteichef Hua Kuo-feng "am zweiten Tage seines China-Aufenthaltes den YangtzeKiang durchschwommen". Von dem begleitenden Bundesratsminister Eduard Adorno wurde vermeldet, er müsse für Aufgaben dieser Art erst noch im Rhein trainieren. Filbingers Staatssekretär schließlich, Mayer-Vorfelder, wurde ein Wadenkrampf angedichtet, der ebenfalls von den Zeitungen für möglich gehalten wurde. Die Nachricht stammte vom 1. April (FAZ 2.4.1977).

Die Prawda (10.4.77) kommentierte: "Der in Peking für Filbinger bereitete Empfang hat alle Erwartungen übertroffen. Ihm wurden Bombenschutzkeller gezeigt und die Kampfausbildung einer Division der Nationalen Befreiungsarmee Chinas vorgeführt, was, wie man in Peking sagt, sonst nur für Freunde getan wird. Gast und Gastgeber wetteiferten miteinander in antisowjetischen Ausfällen und Erdichtungen über die Außenpolitik der sozialistischen Länder Europas. Der westdeutsche Besucher machte sich die Stimmung zunutze und rief die Pekinger Führer auf, die Bemühungen der Kreise Westdeutschlands zu unterstützen, die gegen die Entspannung, gegen das vierseitige Westberlin-Abkommen und überhaupt gegen jedwede positive Änderung in den internationalen Beziehungen sind. Einer der Pekinger Leiter behauptete in der Unterredung mit den Besuchern aus der BRD zynisch, die Entspannung sei Opium für das Volk. Es wird mitgeteilt, daß Peking die Idee des CDU-CSU-Blocks von einer Einverleibung der DDR unterstützt hat. Außenminister Huang Hua solidarisierte sich mit den revanchistischen Ansichten der westdeutschen Reaktion und erklärte, es sei unzulässig, daß die deutsche Nation getrennt werde. Die Einen hoffen also, mit Pekings Hilfe ihre Positionen zu festigen, um die gefährlichen Angriffe auf die Entspannungspolitik fortsetzen zu können. Die Anderen sind bereit, sich rührend mit allen Möglichen zu vereinigen, um die Spannungen in Europa zu schüren." (Entnommen aus BPA Ost Info, 12.4.1977, Deutschland - China S.13.)

WESTEUROPA

(2) **Britische Oppositionsführerin Margaret Thatcher in Peking**

Vom 7. bis 14. April 1977 hielt sich die britische Oppositionsführerin in China auf. Bereits am Pekinger Flughafen wurde sie von Außenminister Huang Hua empfangen, ein erstes Zeichen für den privilegierten Empfang, den die chinesische Regierung der Widersa-

cherin einer Entspannungspolitik mit der Sowjetunion zu bereiten entschlossen war.

Frau Thatcher traf in China fast die gesamte Prominenz, angefangen von Hua Kuo-feng über Li Hsien-nien bis zur Witwe des verstorbenen Chou En-lai, Teng Ying-chao.

Im Mittelpunkt der Gespräche stand die von beiden Gesprächsseiten bekämpfte Entspannungspolitik in Europa sowie der Aufbau eines geeinten und starken Europa. Li Hsien-nien erklärte in seiner Tischrede, seit der Europäischen Sicherheitskonferenz habe es in der Welt keine Entspannung gegeben. Der Kampf der beiden Supermächte um die Vorherrschaft, auch in Europa, habe sich im Gegenteil verschärft. Frau Thatcher warnte in ihrer Erwiderung vor einem Nachlassen der europäischen Verteidigungsanstrengungen, betonte aber gleichzeitig den Wunsch nach "vernünftigen Alltagsbeziehungen mit der Sowjetunion und ihren Freunden".

LATEINAMERIKA

(3) Chinesischer 125 Millionen Mark-Kredit für Chile

Am 8. Juni 1972 war zwischen Peking und der damaligen Regierung Allende ein Kredit-Abkommen vereinbart worden, demzufolge China dem südamerikanischen Staat umgerechnet rund 125 Millionen DM zur Verfügung stellen wollte (NCNA 8.6.1972).

Nach dem Sturz Allendes war man in Peking offensichtlich zunächst ratlos, ob man den Vertrag erfüllen sollte oder nicht. Unabhängig von diesen finanziellen Verpflichtungen entschlossen sich die Chinesen jedoch, dem Botschafter des neuen Pinochet-Regimes, das am 11. September 1973 die Macht angetreten hatte, das diplomatische Agreement zu erteilen.

Die Annäherung an das Pinochet-Regime erfolgte, wie nicht anders zu erwarten, wiederum aus antisowjetischen Erwägungen. Zwischen Moskau und Peking war u.a. lange Zeit die Frage umstritten gewesen, ob der Sozialismus auf legalem Weg, also über Parlamentswahlen etc., erreicht werden könne (so die sowjetische These), oder nur durch bewaffneten Kampf (so die China-Vietnam- und Kambodscha-Lösung!) Die Niederlage Allendes wurde in Peking als geradezu paradigmatischer Fall der Richtigkeit des chinesischen Wegs betrachtet. Außerdem glaubten die Chinesen, durch Anerkennung der neuen Machtverhältnisse verhindern zu können, daß die Sowjetunion in Chile Fuß fassen könne. Unter Allende hatte aus chinesischer Sicht bereits die Gefahr einer erfolgreichen sowjetischen Umarmungspolitik begonnen.

Der 1973 eingeschlagene Kurs, der nicht zuletzt im Kreise europäischer Linker als Verrat am Sozialismus gewertet wurde, scheint in Peking, wo er sicherlich auch nicht unumstritten war, inzwischen so weit ausgegoren, daß man nun dazu übergehen konnte, die der Allende-Regierung versprochene Finanzhilfe der neuen Regierung zu gewähren.

AFRIKA UND NAHOST

(4) Chinas Zaire-Hilfe

Während die USA sich in der Zaire-Frage zurück-

halten, hat die afrikanische Republik aus China, das den "Geist von München in Afrika" bekämpfen möchte, moralischen Zuspruch und materielle Hilfsangebote erhalten.

Zwischen beiden Staaten besteht seit dem Besuch Mobutus in Peking (November 1972) - von Kinshasa als "Begegnung der Staatsmänner der größten Länder Asiens und Schwarzafrikas" bezeichnet - eine enge, nunmehr offen im Geiste des "Anti-Sozialimperialismus" erneuerte Freundschaft. Was die Chinesen anbelangt, so räumten sie Mobutu von Anfang an einen hohen Stellenwert in Afrika ein. Er galt als eine Art "ehrlicher Makler" bei der Schlichtung innerafrikanischer Streitigkeiten und wurde - als vielversprechender Verfechter einer afrikanischen Authentizität - in eine Reihe gestellt mit Persönlichkeiten wie Lumumba, Nkrumah, Senghor und Kenyatta. In Mobutu schätzte man einen begeisterten Befürworter des chinesischen Aufbaumodells. Gleich nach seiner Rückkehr aus Peking hatte er seinerzeit verkündet, man werde nun auch in Zaire die "Massen mobilisieren", vor allem Häftlinge, Arbeitslose, Funktionäre in landwirtschaftlichen Entwicklungsgebieten einsetzen. Der Ertrag des sechsten Wochentages solle künftig der Allgemeinheit zugute kommen; Bars seien um 18 Uhr zu schließen; Regierungsangestellte hätten ab sofort Einheitskleidung zu tragen usw.

Peking zeigte sich von diesem, wenn auch nur eklektischen, Kurs beeindruckt und honorierte die Mobutu-Politik mit einem zinslosen Kredit über 100 Millionen US Dollar-Kredit. Zusätzlich wurden Ärzte entsandt, die seitdem im zairischen Gesundheitsdienst tätig sind. Auch "Schaufensterprojekte" wurden zugesagt, so z.B. der Bau eines Stadions für 80.000 Menschen in Kinshasa. Eine Eisenbahnlinie, vergleichbar der Tansam, war den Chinesen allerdings zu kostspielig, dafür leisteten sie um so großzügigere Militär- und Guerilla-Ausbildungshilfe. Auf zairischem Gebiet beispielsweise bildeten chinesische Militärspezialisten bis Oktober 1975 Kader der später so unglücklich operierenden angolischen FNLA-Verbände aus. Gerade in Zusammenhang mit dem anti-portugiesischen Regime in Angola hatte China auch Anlaß zu konkreter Militärhilfe an Zaire, deren Umfang und Qualität freilich keinen Vergleich mit der massiven sowjetisch-kubanischen NPLA-Unterstützung aushielt.

Spätestens seit dem Angola-Debakel hat China erkennen lassen, daß seine Zaire-Politik letztlich Anti-Moskau-Politik ist, in deren weit gespanntem Rahmenwerk das Ansehen Zaires und Mobutus wichtige Dienste leisten kann.

Auch der Zaire-Konflikt ist ja aus Pekings Sicht das "Ergebnis der verstärkten Aggression und Expansion von seiten des Sozialimperialismus".

Die Hilfe, die Peking der afrikanischen Republik erneut zugesagt hat, wird in etwa in denselben Formen erfolgen, wie sie sich seit nunmehr 5 Jahren vor allem im militärischen Bereich eingeschlichen haben. Wichtiger freilich als die materielle Unterstützung ist für Kinshasa der moralische Impetus, der von Peking ausgeht, die Ungeschminktheit der Analysen und die Kraft der Pekinger Argumente, die den Sowjets auf die Dauer ungleich mehr Kopfzerbrechen bereiten dürften als etwa die logistische Unterstützung Zaires durch Frankreich.

Moskau dreht den Spieß gegen China und spricht von einer "Einmischung Chinas in die Angelegenheiten Zaires". China habe bereits damit begonnen, verschiedene Güter auf dem Luftwege zu

entsenden. In Zukunft sollen chinesische Güter zum Zwecke der "besonderen Unterstützung" auch auf dem Seewege nach Zaire transportiert werden. Die von Peking vordringlich gelieferten Waffen umfaßten auch schwere Artillerie und Panzer. "China hat in den Jahren 1975/76 in Zaire bewaffnete Banden der angolanischen FNLA-Marionettentruppe ausgebildet und mit Waffen beliefert, die an der imperialistischen Intervention gegen die VR Angola teilnahmen. Lt. ausländischen Nachrichtenagenturen unterstützen die chinesischen Behörden die gegen die VR Angola vom Territorium Zaires aus operierenden angolanischen Terrorbanden noch immer. Die militärische Hilfe, die China heute gemeinsam mit den Vereinigten Staaten, Belgien und anderen NATO-Ländern der zairischen Regierung gewährt, ist eine Fortsetzung dieser Politik" (TASS englisch, 8.4.1977).

(5) **Bissige Kommentare Pekings zur Afrikareise des sowjetischen Staatspräsidenten Podgorny**

Vom 22. März bis 3. April 1977 besuchte Podgorny Tansania, Sambia, Mozambique und Somalia, während der kubanische Ministerpräsident Fidel Castro vom 10. März bis 2. April den Ländern Südjemen, Somalia, Äthiopien, Tansania, Mozambique, Angola und Algerien Visiten abstattete.

Die chinesische Nachrichtenagentur Hsinhua (NCNA 5. und 6.4.1977) kritisiert offen beide Reisen und weist auf den kollaborativen Charakter der Visiten im Interesse der sowjetischen Belange hin.

Podgorny habe gleich nach seiner Ankunft in Tansania am 22. März versichert, daß sein Land "weder Konzessionen noch militärische Stützpunkte noch Sonderrechte" in afrikanischen Ländern suche. Diese "hastige Eröffnungserklärung" bestätige den Verdacht Afrikas und der Weltöffentlichkeit hinsichtlich der wahren Absichten des Kreml. Der kubanische Regierungschef sei wie ein "Stellvertreter Moskaus in Afrika aufgetreten". Hsinhua zitiert verschiedene Zeitungen, die dem chinesischen Standpunkt entsprechen: Die Sowjets versuchten, "das Vakuum in Afrika aufzufüllen, das nach dem Abzug des Westens entstanden ist, und, was bedeutender ist, dort Stützpunkte zu erhalten". Die Sowjetunion versuche, "in Südafrika eine strategische Passage zu sichern sowie eine strategische Position zur Einkreisung Europas auf dem Umweg zu errichten". Es sei verdächtig, daß Moskau ausgerechnet in einem Augenblick für die Schaffung einer "Zone des Friedens" im Indischen Ozean eintrete, "wo sich dort mehr russische Schiffe als große Fische befinden, viele von ihnen als Fischtrawler getarnt, in Wirklichkeit aber schwimmende Spionagestationen."

ASIEN

(6) **Peking zeigt sich erfreut über die Wahl-niederlage Indira Gandhis und hofft nunmehr auf einen Rückgang des "sozialimperialistischen Einflusses"**

"Die indischen allgemeinen Wahlen und der sowjetische Rückschlag in Südasien" lautet die Überschrift eines Artikels der JMJP (wiedergegeb. in NCNA 30.3.77). Die Nationale Kongreßpartei, die Indien seit 30 Jahren regierte, erlitt bei den März-

wahlen 1977 eine vernichtende Niederlage. Ministerpräsidentin Indira Gandhi mußte zurücktreten. Nach Ansicht von JMJP ist der Sturz der Regierung Indira Gandhis "das natürliche Ergebnis ihrer Innen- und Außenpolitik, die das Land ruinierten und der Bevölkerung schweres Leid brachten. Indien sei ein großes Land von strategischer Bedeutung, das Moskau in den Einflußbereich seiner konterrevolutionären Globalstrategie" habe bringen wollen. Insbesondere seit dem Abschluß des indisch-sowjetischen Friedens-, Freundschafts- und Kooperationsvertrages vom August 1971, der seinem Wesen nach ein militärischer Bündnisvertrag ist, hielten die Sowjetrevisionisten die Regierung Indira Gandhis dazu an, gegen ihre Nachbarn eine expansionistische Politik zu betreiben. Sie versuchten, Indien vor ihren eigenen Karren zu spannen, um es als Brückenkopf für ihre Expansion in Südasien und im Raume des Indischen Ozeans zu benutzen. Moskau habe militärische Rüstungsgüter und Militärberater nach Indien entsandt und dafür das Privileg von Militärstützpunkten auf indischem Gebiete verlangt.

Die beiderseitigen diplomatischen Beziehungen, die seit nunmehr einem halben Jahr durch den Austausch von Botschaftern neu belebt wurden, sind in dem Artikel nicht erwähnt. Auch das Verhältnis New Delhis zu den USA wird mit keinem Worte erwähnt, ein Zeichen dafür, daß man an diesem Verhältnis offensichtlich nichts aussetzen hat. Abschließend wird die Hoffnung ausgedrückt, daß die neue Regierung mehr Zurückhaltung und Vorsicht gegenüber Moskau an den Tag legen werde.

(7) **Indien macht sich - zum Ärger Chinas - wieder für die tibetische Frage stark**

Die indische Janata-Partei, die die eigentliche Trägerin der neuen Regierung unter Premierminister Morarji Desai ist, hat Ende März unerwartet an den Generalsekretär der UNO appelliert, sich der tibetischen Frage anzunehmen und Resolutionen, die vor Jahren schon von der UNO verabschiedet worden waren und die das Recht der Tibeter auf Selbstbestimmung bekräftigt hatten, in die Tat umzusetzen.

Der Anlaß für diesen Schritt war ein unbefristeter Hungerstreik von sieben Tibetern in New-Delhi, der den über 90 Jahre alten Mahatma Gandhi-Jünger Kripalani wie auch den Repräsentanten des sozialistischen Flügels der Janata-Partei, George Fernandes, zum Handeln veranlaßte. Fernandes versprach den Tibetern, die Janata-Partei, die selbst lange Zeit unter den Unterdrückungen Indira Gandhis zu leiden gehabt hatte, werde ihr Engagement für die Wiederherstellung der menschlichen Rechte auch außenpolitisch umsetzen.

Dem Hungerstreik waren am 10. März 1977 anläßlich des "Tags des tibetischen Aufstands" vor 18 Jahren bereits Demonstrationen vor der chinesischen Botschaft in der indischen Hauptstadt vorausgegangen, bei denen über 100 Menschen zum Teil schwer verletzt wurden.

Der neuerliche Schritt der indischen Regierung dürfte Sand im Getriebe der gerade wieder angelaufenen indisch-chinesischen Beziehungen sein. Pekings Reaktionen würden vermutlich auch in der Propaganda durchschlagen, wenn die indische Regierung sich offiziell hinter das Verlangen tibetischer Gruppen stellen sollte, die Einreise des Dalai Lama in die USA zu betreiben, wo das religiöse Oberhaupt der Tibeter bereits Einladungen mehrerer amerikanischer

Universitäten und kirchlicher Organisationen zu einer Vortragsreise bekommen hat.

Im Jahre 1975 war der 1959 aus Tibet geflohene und seither in Indien lebende Dalai Lama von den Einwanderungsbehörden der USA zurückgewiesen worden, als er an einer Weltkonferenz religiöser Führer in den Vereinigten Staaten teilnehmen wollte. Die amerikanische Regierung ließ an seiner Stelle nur eine tibetische Tanz- und Theatergruppe einreisen, brachte aber damit Peking nicht minder auf. Die Regierung Desai und die neue Administration Carter werden in der Dalai Lama-Frage möglicherweise einen Prüfstein ihres moralischen Anspruchs vorfinden. Sollten sie den tibetischen Wünschen nachgeben, würde von den Chinesen vermutlich der alte Vorwurf der Einmischung in innere chinesische Angelegenheiten erneuert (Bericht von Werner Adam aus New Delhi in NZZ, 1.4.1977).

(8) Vietnam legt auf den umstrittenen Spratly-Inseln einen Flughafen an und verstärkt seine Besatzung

Die vietnamesische Regierung hat auf den zwischen Vietnam und China umstrittenen Spratly-Inseln im Südchinesischen Meer einen Militärflughafen angelegt und seine militärische Garnison auf über 300 Mann verdoppelt. Dies geschah nicht auf einmal, sondern in mehreren Etappen seit dem Zeitpunkt, da Saigon im Frühjahr 1975 von nordvietnamesischen Truppen erobert wurde. Die Spratly-Inseln waren bis zu diesem Zeitpunkt von Südvietnam aus kontrolliert worden.

China unterhält auf einer der Paracel-Inseln weiter nördlich im Südchinesischen Meer ebenfalls eine Garnison. Chinesische Truppen hatten in einer Marineaktion Anfang 1974 das südvietnamesische Kontingent, das zur Sicherung der Paracel-Inseln kurz vorher entsandt worden war, überwältigt und ihrerseits das auch von Nordvietnam beanspruchte Gebiet besetzt.

Eine dritte Macht, die Anspruch auf die Paracel-Inseln erhebt, sind die Philippinen, die auf einer der östlichen Inseln eine Rollbahn angelegt haben, um den Nachschub für Ölbohrtruppen vor der Küste zu sichern.

Die Sowjetunion hat bisher öffentlich den vietnamesischen Anspruch auf die Paracel- und Spratly-Inseln unterstützt.

Sollten die umstrittenen Inseln wirklich "erdölträchtig" sein, so könnten unter der Schale des nach außen hin gezeigten chinesisch-vietnamesischen Einvernehmens bald die ersten Konflikte hervorbrechen. (Die Berichte über die Verstärkung der vietnamesischen Einheiten auf Spratly stammen aus "Intelligence Sources" in Hong Kong, Times 4.4.1977).

INNENPOLITIK

(9) Zum Erscheinen des 5. Bandes der Ausgewählten Werke Mao Tse-tungs

Nach 17 Jahren erschien ein weiterer Band der Serie Ausgewählte Werke. Ausschnitte enthält dieses Dokumentarteil dieses Heftes, eine Interpretation dieses Ereignisses gibt das Thema "Die Volksrepublik China schreibt ihre Geschichte" in diesem Heft. Die Volkszeitung vom 15.4.77 brachte einen Entschluß des

ZK vom 7.4.77 über das Studium dieses neuen Bandes, das Vorwort des Bandes vom 1.3.77 sowie eine längere Interpretation des Redaktions- und Veröffentlichungskomitees der Werke des Vorsitzenden Mao Tse-tung des ZK der KPCh (Vgl. auch PRu No. 17, 1977). Diese Einleitung ist von besonderer Bedeutung, weil vom Standpunkt des Jahres 1977 die politische Bedeutung der einzelnen Beiträge Maos in dem neuen Band hervorgehoben und gekennzeichnet werden. Vgl. dazu NCNA, 14.4.77, SWB, 16.4.77 für den englischen Text. Auch das englische Inhaltsverzeichnis wurde über NCNA am 14.4.77 verbreitet und in SWB am 16.4.77 abgedruckt.

(10) Doch Mao-Kritik in China

Im Aprilheft (Ü 28) hatten wir Gerüchte über Kritik an Mao als eine Fälschung taiwanesischer Quellen hingestellt. Wir müssen diese Aussage zurückziehen. Inzwischen hat sich bestätigt, daß tatsächlich in der Volksrepublik erhebliche Kritik an der politischen Linie, vor allen Dingen der letzten Jahre, des Vorsitzenden Mao laut geworden sein muß (Radio Chekiang, 13.4.77, SWB, 22.4.77. Vgl. auch Leitartikel der Volkszeitung vom 16.4.77). Ein Leitartikel der regionalen Chekiang-Zeitung verteidigte angesichts einer solchen Situation den Parteivorsitzenden. Dort heißt es u.a., alle politischen Entscheidungen des Vorsitzenden Mao hätten mit aller Kraft verteidigt und durchgeführt zu werden. Alle Weisungen des Vorsitzenden seien auszuführen. "Wir müssen mit Festigkeit alle Äußerungen und Handlungen unter Kontrolle bekommen, die dem glänzenden Bild des Vorsitzenden Mao abträglich sind. Wir müssen entschlossene Schläge gegen politische Gerüchte und reaktionäre Bemerkungen vorbringen, die das große Banner des Vorsitzenden angreifen und beschmutzen. Unsere Genossen müssen nüchtern sein und sich hüten vor den kriminellen Plänen der Nachfolger der Viererbande und der Konterrevolutionäre, die niedrige Methoden benutzen, um das große Banner des Vorsitzenden Mao anzugreifen und schlecht zu machen". Weiter werden alle "70% Erfolge" der gesellschaftlichen Entwicklung dem Vorsitzenden Mao zugeschrieben und die 30% Fehler Lin Piao, Ch'en Po-ta und der Viererbande.

(11) Zum Hua-Kult

Ein Element des Hua-Kultes, der dem neuen Vorsitzenden innerhalb von wenigen Monaten ideologische Stärkung geben sollte, ist die weitere Nachlieferung von Details seiner Biographie (Volkszeitung, 30.3.77). In einem Bericht des Parteikomitees des Kreises Chiaocheng der Provinz Shansi, der Heimatstadt des neuen Vorsitzenden, heißt es, daß Hua während des Krieges gegen Japan und des Befreiungskrieges Direktor der Antijapanischen Föderation gewesen sei, Direktor der Propagandaabteilung des Kreis-Parteikomitees und gleichzeitig Direktor des Verteidigungskomitees sowie Sekretär des Kreis-Parteikomitees. Ausführlich wurde sein Einsatz während der frühen Reformen der Volksrepublik dargestellt. "Weil er sich anzog wie ein Bauer, aß, was die Bauern aßen, dem Lebensunterhalt der Massen Beachtung schenkte und bescheiden unter dem Volk blieb, haben einige alte Dorfbewohner eine lange Zeit nicht gewußt, daß er Direktor der Antijapanischen Föderation war.

Die angesehene Spezialisten-Zeitschrift China